



## Fragebogen für die Vernehmlassung Bericht z.Hd. Vernehmlassung i.S. Ergebnisse Projektgruppe Gemeindeorganisation

### I. Kontakt

Bitte vermerken Sie Ihren Namen und ggf. die Organisation, welche Sie vertreten:

Name, Vorname: Madlaina Brugger und Tanja Simitz  
Organisation: Sozialdemokratische Partei  
Kontaktdaten: 8867 Niederurnen

### II. Bemerkungen zum Bericht z.Hd. Vernehmlassung i.S. Ergebnisse Projektgruppe Gemeindeorganisation

#### 1 Ausgangslage

siehe Bericht

#### 2 Vorlage an die Gemeindeversammlung vom 08.11.2022 inkl. Entscheid

siehe Bericht

#### 3 Inhalt der Vorbereitungsarbeiten ab Januar 2023 (nach GV-Entscheid)

siehe Bericht

#### 4 Zusammensetzung Projektgruppe (Fokusgruppe nach GO)

Die Projektgruppe setzte sich aus Parteivertretern sowie aus Vertretern der Bevölkerung zusammen, welche dem öffentlichen Aufruf gefolgt sind.

Es entstand somit eine "homogene" Mischung verschiedener Interessensgruppen, welche sich mit den folgenden Themen differenzierter beschäftigt haben:

- Führungsmodelle
- Gemeindeversammlung / Gemeindeparlament
- Fokus auf allen übrigen möglichen Organisationsanpassungen

#### 5 Vorgehensweise und Zielsetzungen bei der Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage

siehe Bericht

#### 6 Ergebnisse der Projektgruppe sowie Variantenvorschläge zuhanden der GV

Wir sind zwar einig mit der Projektgruppe, dass das Ressortmodell beibehalten werden soll, wir machen jedoch weiter unten einige Verbesserungsvorschläge.

##### 6.1 Führungsmodelle: Anzahl Exekutivmitglieder, Ressort- vs. Departementsmodell, angestellter Geschäftsführer

Durch die Arbeitsgruppe wurden 3 verschiedene Führungsmodelle erarbeitet:

- Ressortmodell (strategisches Modell)

Geschäftsleitungsmodell mit delegiertem Gemeindepräsident/Gemeindespräsidentin als Geschäftsleiter/in, heute bestehende Organisationsform. Als Nachteil könnte hier der grosse Wissensvorsprung der Gemeindepräsidentin / des Gemeindepräsidenten gesehen werden. Die Ressortleiter/innen müssen sich auf ihre Bereichsleiter/innen absolut verlassen können, denn

es ist nicht möglich, mit einem Pensum von 20% mehr als stichprobenartig die Vorlagen zu kontrollieren.

- Untervariante mit CEO

Die Gemeindeverwaltung wird hier nicht durch die Gemeindepräsidentin / den Gemeindepräsidenten, sondern durch eine/n angestellte/n Geschäftsführer/in geführt. Die/Der CEO muss im Alltag laufend Entscheidungen treffen, für die es keine konkrete Weisung seitens Gemeinderat und keine Präzedenzfälle gibt. Sie/Er wird sich dabei sowohl auf ihre/seine fachliche Qualifikation als auch auf seine/ihre persönlichen Werte stützen. Da sie/er nicht gewählt ist, kann der Souverän diese Einflussnahme durch ihre/seine persönlichen Werte nicht korrigieren.

- Departementsmodell

Beim Departementsmodell liegt der Vorteil klar darin, dass der Pensums- wie auch der Wissensunterschied zwischen Präsidium und Gemeinderat verringert wird und der Gemeinderat auch operative Verantwortung tragen kann. Als Nachteil könnte hier die fehlende Miliztauglichkeit angesehen werden, da hier ein höheres Pensum benötigt wird um neben der Leitung des Departements auch die angestammten Aufgaben wahrnehmen zu können (Koordination, Repräsentation und Kommunikation). Da es keine übergeordnete Leitung gibt, ist die Gefahr gross, dass es zu "Gärtlidenken" kommt (Gemeinderäte setzen sich für ihr Departement ein, statt für die Gemeinde als Einheit).

#### Führungsmodelle (Modelle Exekutive, Gemeinderat)

Sind Sie mit dem Fazit zum Führungsmodell Exekutive (unverändert: Ressortmodell mit gewähltem Gemeindepräsidenten) einverstanden?

Ja

Nein

Alle Führungsmodelle haben Vor- und Nachteile. Die SP ist der Meinung, dass es beim Ressortmodell mit dem Präsidenten / der Präsidentin als Geschäftsführer/in die meisten Vorteile gibt. Jedoch schlagen wir zwei Massnahmen vor, um die Nachteile zu mildern.

1. Strategische Führung und die Gemeinde als Einheit stärken. Es soll keine direkte Zuordnung der Mitglieder des Gemeinderats zu den Abteilungen Bereichen mehr geben. Dadurch wird vermieden, dass ein Gemeinderat / eine Gemeinderätin operativ eingreift. Der Gemeinderat soll als Gremium die strategischen Entscheide fällen. Dadurch wird ein "Gärtlidenken" verringert. Ebenfalls kann so z.B. ein krankheitsbedingter längerer Ausfall eines Mitgliedes problemlos aufgefangen werden. Anstelle eines zuständigen Gemeinderates pro Ressort würden Ausschüsse gebildet. Diese bestünden aus 3 Mitgliedern des Gemeinderates und der entsprechenden Bereichsleitung. Auch hier kann ein unvorhergesehener Ausfall eines Ratsmitgliedes abgefangen werden. Ebenso wäre jedes Ratsmitglied in mehr als einem Ausschuss, wodurch die Gemeinde stärker zusammenwächst und als Einheit geleitet wird.

2. Vizepräsidium stärken. Das Vizepräsidium soll ein höheres Pensum und operative Aufgaben erhalten. Dadurch wäre einerseits gesichert, dass das Präsidium auch eine operative Stellvertretung hat (im Moment funktioniert das erst auf der strategischen Ebene). Gleichzeitig wird der Wissensvorsprung des Präsidenten / der Präsidentin auf zwei Personen verteilt. Komplexe operative Probleme können miteinander besprochen und Lösungen im Austausch erarbeitet werden. Aufgrund des erhöhten Pensums muss das Amt des Vizepräsidenten / der Vizepräsidentin, analog des Präsidiums, eigenständig zur Wahl gestellt werden.

## **6.2 Legislative: Gemeindeversammlung und Gemeindeparlament im Zusammenwirken**

Das Parlament würde die Gemeindeversammlung attraktiver machen, da sie die Gemeindeversammlung von diversen Geschäften entlasten könnte.

Abschliessende Entscheidungen wären vor der Gemeindeversammlung möglich:

- Genehmigung Budget und Jahresrechnung (falls das Gemeindegesetz angepasst wird),
- Entscheide unter Vorbehalt von Referendum (z.B. Überbauungspläne)

- Das Parlament könnte als Wahlorgan dienen für die Schulkommission sowie als Wahlorgan für politische Vertreter in den Verwaltungsrat von APGN, TBGN sowie der lintharena ag. Nicht zu vergessen könnte das Parlament als Einstiegsplattform in die Politik dienen, der politische Nachwuchs wäre gewährleistet.

#### Wiedereinführung Gemeindeparlament

Sind Sie mit Gemeindeparlaments einverstanden?

Ja

Nein

Wie im Bericht aufgezeigt wird, würde die Wiedereinführung des Parlamentes die Demokratie auf vielfältige Weise stärken. Wir gehen mit der Projektgruppe einig, dass die erweiterten Kompetenzen für ein gut funktionierendes Parlament zwingend nötig sind. Gleichzeitig möchten wir anregen, die Hürde für ein Referendum gegen Parlamentsbeschlüsse hoch zu halten. Dadurch soll verhindert werden, dass das Parlament quasi durch die Hintertür wieder zum "Durchlauferhitzer" degradiert wird.

Hervorheben möchten wir vor allem, dass mit einem Parlament nur noch eine Gemeindeversammlung pro Jahr stattfindet. Wir schlagen vor, dass diese kulturell so nahe wie möglich an der Landsgemeinde ist, das heisst: Sie findet tagsüber an einem Wochendende statt, unter freiem Himmel, es gibt einen Einzug mit Musik, einen Festbetrieb und einen Kinderhütendienst (diese Liste ist nicht abschliessend).

Unserer Meinung nach führt dies zu einer höheren Beteiligung, erstens aufgrund der Kinderhüte und zweitens, weil es analog zur Landsgemeinde möglich sein wird, nur einen Teil zu besuchen (in der Mehrzweckhalle ist insbesondere späteres Kommen stark schambehaftet). Die SP hofft ausserdem, dass sich durch diese Massnahmen das Niveau der Diskussionskultur derjenigen der Landsgemeinde annähert.

#### Urnenabstimmungen

siehe Bericht

### **6.3 Weitere mögliche Organisationsanpassungen**

#### Ziel 1: Attraktivere Gemeindeversammlungen

Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?

Ja

Nein

Begründung

Wie oben bereits beschrieben wäre es möglich, zusammen mit der Einführung des Parlamentes nur noch 1x jährlich eine Gemeindeversammlung durchzuführen. Somit könnten nur noch Vorlagen zur Abstimmung gebracht werden, welche von grossem Interesse für die Stimmberechtigten sind. Wir sind der Meinung, dass eine kulturelle Annäherung an die Landsgemeinde (siehe oben) die Attraktivität der Gemeindeversammlung steigert und es mehr Stimmberechtigten als heute möglich sein wird, tatsächlich teilzunehmen.

#### Ziel 2: Mehr Informationen und Mitwirkungsmöglichkeiten

Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?

Ja

Nein

Begründung:

Die Mitwirkungsmöglichkeiten sollen beibehalten bzw. eingeführt werden, auch wenn es ein Parlament gibt. Denn die Fokusgruppen ermöglichen es Personen, die aus beruflichen oder

persönlichen Gründen nicht für das Parlament kandidieren können, sich dennoch einzubringen.

Breitere und frühere Information: Dazu sollen auch breite und vielfältige Kanäle benutzt werden, insbesondere Social Media.

Ziel 3: Anpassung Zusammensetzung Kommissionen

Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?

Ja

Nein

Begründung:

Es ist zu begrüssen, dass die Gemeinde die Möglichkeit schafft, Kommissionen mit Fachpersonen zu ergänzen.

Ziel 4: Höhere demokratische Legitimation von Entscheiden

Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?

Ja

Nein

Begründung:

Falls das Parlament eingeführt werden sollte, ist die demokratische Legitimation der Behördenvorlage sicher grösser als beim Status quo. Ein Nachteil des Quorums ist eine lange Verzögerung der Geschäfte. Mit Parlament könnte unserer Meinung nach auf das Quorum verzichtet werden.

Falls das Parlament aber nicht eingeführt wird, wäre hinsichtlich der demokratischen Legitimation ein Mindestquorum, mit der Möglichkeit einzelne Geschäfte an die Urne zu bringen, wünschenswert.

Ziel 5: Notrecht bzw. Funktionsfähigkeit der Gemeinde in ausserordentlichen Lagen

Sind Sie mit diesem Ziel einverstanden?

Ja

Nein

entspricht Begründung der Projektgruppe

**7 Gemeinderat**

-

**8 Vernehmlassung**

-

**9 Termine / weiteres Vorgehen**

-

**III. Weitere Bemerkungen und Ergänzungen**

-

Wir bitten Sie, den Fragebogen elektronisch auszufüllen und bis am 13.08.2023 an [kanzlei@glarus-nord.ch](mailto:kanzlei@glarus-nord.ch) zuzustellen. Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Besten Dank für Ihre Bemühungen.

Gemeinde Glarus Nord  
Schulstrasse 2  
8867 Niederurnen

ane / 21.06.2023

2022-56